

Alternative Finanzierungsmöglichkeiten im Sozialbereich

Der ewige K(r)ampf ums Geld

Léon Marx

Die Sozialsysteme werden zusehends teurer. Woher das Geld nehmen, um die steigenden Kosten zu finanzieren? In Mondorf suchten am Freitag auf Einladung der Aloss („Association luxembourgeoise des organismes de sécurité sociale“) Fachleute des Sektors nach einer Antwort.

Um es gleich vorweg zu sagen: So richtig fündig wurden die Spezialisten nicht. Einig war man sich aber darüber, dass es eine Patentlösung wohl nie geben wird, dass die Sozialsysteme der einzelnen Länder ihre ganz speziellen Eigenarten haben und man sich deshalb davor hüten sollte, Ideen einfach zu kopieren. Was in dem einen Land klappt, kann in dem anderen völlig daneben gehen.

Luxemburg steht derzeit vergleichsweise gut da, wie Sozialminister Mars di Bartolomeo eingangs der Tagung unterstrich. Nicht dass es keine Probleme gäbe, mittelfristig wird sich auch bei uns im Pensionsbereich ein Finanzierungseingpass ergeben, aber kurzfristig sind Renten und Krankenversicherung abgesichert. Das erlaube es, „mit kühlem Kopf und ruhiger Hand“ über alternative Finanzierungsformen nachzudenken, betonte Mars di Bartolomeo. Genau so falsch wäre aber, abzuwarten und nichts zu tun, ergänzt er.

Vom Minister kam am Freitag aber auch die Warnung, den Sozialbereich nur aus der reinen

Optik der Kosten heraus zu sehen. „Der Sektor schafft auch Arbeitsplätze“, betont er. Dieser Aspekt werde allzu oft vergessen.

Politikwissenschaftler Alain Euzeby aus Grenoble machte in Mondorf eine Analyse, die von der Audienz teilweise mit ungläubigem Raunen quittiert wurde. So etwa, als er meinte, die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollten zusammengeslagen und gemeinsam als Sozialsteuer an die Kassen abgeführt werden.

Damit gehe der direkte Bezug der Patrons zu den Kassen verloren, so die Reaktionen aus dem Saal.

Und künftige Anhebungen dieser Sozialsteuer würden in einem solchen Modell vollständig den Beschäftigten aufgebürdet.

Die Arbeitskraft weniger belasten und dafür die Betriebe stärker belasten, die einen hohen Mechanisierungsstand erreicht haben – Stichwort Maschinensteuer? Das könnte vielleicht ein Ansatzpunkt sein, auch wenn außer einer Reihe von Experimenten in den letzten Jahren noch wenig Konkretes zu erkennen sei. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung des Sozialwesens? Zumindest in diesem Punkt redet Euzeby Klartext: Das bringe nichts, das belaste sogar die unteren Einkommensschichten überdurchschnittlich, betont er.

„Le pire n'est pas sûr“ fand Roland Sigg. Der Schweizer Sozialforscher wirft die Frage auf, ob alternative Finanzierungssysteme

in Europa wirklich notwendig sein werden. Seit etwa fünf Jahren sei in den meisten Ländern ein Trend zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu erkennen. Damit sinke der Druck auf die Sozialkassen.

Licht am Horizont?

Roland Sigg beendet seinen Vortrag mit einem Abstecher in sein Heimatland. In der Schweiz besteht, anders als in Luxemburg und den meisten EU-Ländern, bei den Sozialkassen keine Beitragsdeckelung. Dass es den Sozialkassen in der Alpenrepublik seit Jahren ohne Beitragsanpassungen anhaltend gut gehe, sei wesentlich auf dieses eine Strukturelement zurückzuführen, glaubt Sigg. Es gebe aber durchaus auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten, notiert er. Und zitiert beispielhaft die Tobin-Steuer, eine Steuer auf Waffenhandel, Börsentransaktionen, Flugverkehr und auf den CO₂-Emissionen.

In einem Punkt waren sich, bei allen Divergenzen, die verschiedenen Redner am Freitag einig: Die soziale Absicherung soll möglichst nicht in private Hände geraten. Ob sie teuer, zu teuer oder vertretbar ist, diese Frage lässt sich nicht allein mit Zahlen beantworten. Ist unsere Gesellschaft bereit, den Preis von Sozialversicherung und Krankheit zu bezahlen? Was ist uns die Gesundheit wert? Wie hoch stufen wir dieses nicht in Euro und Cent erfassbare Gut ein? Vor allem auf diese drei Fragen gilt es, eine klare Antwort zu geben.